

5.03.09

Haftbefehl gegen Sudans Staatschef: Evangelische Welt uneins

Den Haag / Khartum (idea) – Der vom Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag am 4. März ausgestellte Haftbefehl gegen den sudanesischen Staatspräsidenten Omar al Baschir stößt in der evangelischen Welt auf geteilte Meinungen. Die einen begrüßen es, dass der radikal-islamische Herrscher wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt werden kann, die anderen sehen den Friedensprozess im Sudan und die humanitäre Hilfe für Notleidende gefährdet.

Chefankläger Luis Moreno-Ocampo wirft dem seit 20 Jahren regierenden 65-jährigen Staatschef vor, persönlich für 35.000 Tote in der Krisenregion Darfur verantwortlich zu sein. In dem seit 2003 andauernden Konflikt sind nach Schätzungen mehr als 300.000 Menschen ums Leben gekommen. Die islamische Zentralregierung nutzt arabische Reiter-Milizen, um gegen schwarzafrikanische Rebellen vorzugehen, die mehr Mitbestimmung ihrer Region fordern. Mit einem Friedensabkommen wurde 2005 der 22 Jahre währende Bürgerkrieg im gemischt religiösen Südsudan formal beendet. Er hatte über zwei Millionen Menschen das Leben gekostet. Die Zentralregierung wollte dort unter anderem das islamische Religionsgesetz, die Scharia, einführen.

Noltensmeier: Rechenschaft für Massenmord

Der Sudanbeauftragte des Rates der EKD, Landessuperintendent i.R. Gerrit Noltensmeier (Detmold), begrüßte die erstmalige Ausstellung eines Haftbefehls gegen einen amtierenden Staatschef. Es werde zu klären sein, ob und wie weit Präsident Baschir für entsetzliche Verbrechen, Massenmord und Vergewaltigungen persönliche Verantwortung trage. Freilich bestehe die Gefahr, dass im Sudan die Gewalt eskaliere, Rechtlosigkeit grassiere und Friedensverhandlungen abgebrochen werden könnten. Der Prozess vor dem Haager Strafgerichtshof könne die politischen Schritte zur Umsetzung des Friedensabkommens zwischen dem Norden und dem Süden nicht ersetzen. Noltensmeier – Mitglied im Rat der EKD – hofft, dass die Religionsgemeinschaften – Christen und Muslime – weiter ihre Möglichkeiten einsetzen, zwischen den verfeindeten Gruppen für Versöhnung und Frieden zu sorgen.

Hoffnungszeichen: Haftbefehl wirkt vorbeugend

Positiv beurteilt auch das christliche Hilfswerk „Hoffnungszeichen“ (Singen) den Haftbefehl. Dies sei bedeutsam für den Friedensprozess im Sudan, erklärte der Vorstandsvorsitzende Reimund Reubelt. Ohne Gerechtigkeit könne es keine Vergebung und ohne Vergebung keinen Frieden geben. In Gesprächen mit Flüchtlingen aus Darfur habe sich das Hilfswerk von der Schwere der Menschenrechtsverletzungen überzeugt. Der Haftbefehl werde vorbeugend wirken, hofft Reubelt, denn von nun an könne sich kein Staatschef mehr sicher sein, für Völkermord und Kriegsverbrechen unbelangt zu bleiben.

Franklin Graham: Frieden vor Gerechtigkeit

Andere christliche Hilfswerke befürchten negative Auswirkungen. Der Präsident der evangelikalen Hilfsorganisation Samaritan's Purse (Geldbeutel des Samariters), Franklin Graham (Charlotte/US-Bundesstaat Nord Carolina), war am 4. März mit Baschir in Khartum zusammengetroffen. In einem Kommentar in der Zeitung New York Times sprach sich Graham dafür aus, dem Frieden den Vorrang vor Gerechtigkeit zu geben. Eine Verhaftung Baschirs würde zum Chaos führen. In den 16 Jahren der Friedensarbeit, die sein Hilfswerk im Sudan leiste, habe er die Gewalt der Zentralregierung unmittelbar miterlebt, so der Sohn des Evangelisten Billy Graham. Er habe Baschir von Angesicht zu Angesicht auf die schweren Menschenrechtsverletzungen angesprochen und sie verurteilt. Gleichzeitig habe er ihn aufgefordert, selbst für Frieden einzustehen. Graham appellierte an US-Präsident Barack Obama, einen Sondergesandten in den Sudan zu entsenden.

World Vision: Humanitäre Hilfe gefährdet

Das christlich-humanitäre Hilfswerk World Vision (Friedrichsdorf bei Frankfurt am Main) sieht den Friedensprozess durch den Haftbefehl gegen Baschir gefährdet. Es rechnet mit einer Verschlechterung der Sicherheitslage und der Arbeitsbedingungen für humanitäre Helfer. Milizen könnten eine neue Offensive starten. World Vision ist seit 1983 im Sudan engagiert und versorgt unter anderem Menschen in Flüchtlingslagern in Süd-Darfur mit dem Nötigsten. Presseberichten zufolge hat der Sudan inzwischen zehn Hilfsorganisationen aus Darfur ausgewiesen.

Nervöse Stimmung im Sudan

Im Sudan herrscht nach Angaben von Kirchenvertretern eine nervöse Stimmung. Pfarrer Tut Mai von der reformierten Presbyterianischen Kirche begrüßt gleichwohl den Haftbefehl gegen den Staatspräsidenten. Er müsse für seine Gräueltaten zur Verantwortung gezogen werden. Gleichwohl sehe er auch Gefahren für den Friedenprozess im Sudan. Im Land herrschten geteilte Meinungen, erklärte der römisch-katholische Bischof Antonio Menegazzo gegenüber der ökumenischen Nachrichtenagentur ENI. Die Befürworter fürchteten sich, öffentlich ihre Meinung zu äußern. „Es ist gefährlich“, so Menegazzo. Hunderte hätten nach der Bekanntgabe des Haftbefehls in Khartum protestiert. Von den rund 30 Millionen Sudanesen sind 65 Prozent Moslems, 24 Prozent Christen und 11 Prozent Anhänger von Naturreligionen.